

tigen Volkes. Gestützt auf das Vertrauen der Wähler, setzen sie sich für die Belange der Bürger ein. Die Abgeordnetentätigkeit ist ehrenamtlich. Sie genießt große Achtung und Anerkennung durch Staat und Gesellschaft.

Nachdem die Bezirksausschüsse der Nationalen Front die Kandidaten für die Volkskammer auf öffentlichen Tagungen nominiert haben und die Kreis- und Bezirksausschüsse der Nationalen Front die Kandidaten für die Bezirkstage bestätigten, beginnt die Vorstellung der Kandidaten vor ihren Wählern in ihren Wahlkreisen. In einer Vielzahl differenzierter Veranstaltungen treffen sich die Kandidaten mit den Wählern. Es hat sich bewährt, wenn in jedem Wohnbezirk ein konkreter Wahlführungsplan vorliegt, der enthält, welche Veranstaltungen mit einzelnen Schichten der Wähler im Wohnbezirk durchgeführt werden und wer für die Vorbereitung verantwortlich ist.

Die große Breite der Aussprache mit den Wählern ist ein Vorzug unseres sozialistischen Wahlsystems. Sie ermöglicht es, auf die spezifischen Interessen, Ansichten und Aktivitäten einzelner Bevölkerungskreise einzugehen. Dazu gehören Zusammenkünfte in den Parteien und Massenorganisationen, in Betrieben, Genossenschaften, Einrichtungen, Wohngebieten und Hausgemeinschaften. Weitere Möglichkeiten bieten Einwohnerversammlungen, Diskussionsabende, Veranstaltungen in Dorf- und Jugendklubs, Foren, Hausversammlungen und Familiengespräche.

In größerem Umfang werden Aussprachen im kleinen Kreis mit bestimmten Bevölkerungsgruppen stattfinden, zum Beispiel mit Angehörigen der Intelligenz, Kulturschaffenden, Handwerkern und Gewerbetreibenden, Vertretern christlicher Kreise, kinderreichen Familien, jungen Eheleuten und älteren Bürgern. Besonderes Augenmerk wird dem Zusammentreffen von Kandidaten mit Jung- und Erstwählern geschenkt.

Aufgeschlossenheit für Bürgeranliegen

In den Wahlversammlungen sollten die Ergebnisse und Aufgaben bei der weiteren Stärkung unserer sozialistischen Rechtsordnung gebührend diskutiert werden. Schließlich ist die hohe Rechtssicherheit, die unsere sozialistische Arbeiter- und Bauernmacht allen Bürgern garantiert, eine bedeutende Errungenschaft. Dafür und für die strikte Einhaltung des sozialistischen Rechts tragen die Volksvertretungen und ihre Abgeordneten in Zusammenarbeit mit den Justiz- und Sicherheitsorganen Verantwortung. In hohem Maße werden die Bürger dabei einbezogen. Allein die neu zu wählenden Schöffen des Obersten Gerichts und der Bezirksgerichte umfassen 2151 Werktätige aller Schichten. Hinzu kommen 385 Richter des Obersten Gerichts und der Bezirksgerichte.

Der gewissenhafte Umgang mit den Vorschlägen,

Hinweisen, Anliegen und Beschwerden der Bürger gehört zu den Grundlagen eines verantwortungsbehafteten Wirkens der Staatsorgane. Er bestimmt wesentlich das Vertrauensverhältnis der Bürger zu unserem sozialistischen Staat mit. Unsere Partei hat wiederholt betont, daß es gilt, aus eigener Kraft in Ordnung zu bringen, was noch nicht in Ordnung ist, und nicht zuzulassen, daß neue Mängel entstehen. Besondere Verantwortung tragen hierfür die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte. Durch eine lebensverbundene sozialistische Kommunalpolitik sorgen sie dafür, daß die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger im Territorium immer besser befriedigt werden und ihr Wohlbefinden in schönen und gepflegten Städten und Gemeinden gefördert wird. Neue Rechte und Möglichkeiten hierzu gibt ihnen das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen, das die Volkskammer zum Abschluß ihrer zu Ende gehenden Wahlperiode in Kraft gesetzt hat. Beispielhaft handelt der Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, der es sich zum Prinzip gemacht hat, Eingaben und Anliegen im persönlichen Gespräch mit den Bürgern zu klären.

Alle in Wahlveranstaltungen und den Wahlhelfern unterbreiteten Vorschläge, Hinweise und Kritiken der Bürger sind exakt zu erfassen. Sie sind durch die zuständigen Staatsorgane verantwortungsbehaftet zu prüfen, zu entscheiden und unter Einbeziehung der betreffenden Abgeordneten und Kandidaten im persönlichen Gespräch mit den Bürgern zu beantworten. Wenn die Dinge von staatlichen Organen, Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften mit den Bürgern beraten und angepackt werden, gibt es in den meisten Fällen auch annehmbare Lösungen.

Viele Parteiorganisationen in den Städten und Gemeinden haben deshalb während der Parteiwahlen die Schlußfolgerung gezogen, durch politische Gespräche in den Häusern und Familien die Fragen, die die Bürger im Wohngebiet bewegen, rascher zu klären und dazu die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten, dem örtlichen Rat und den Betrieben und Genossenschaften weiter zu vertiefen. Sie handeln richtig, wenn sie ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß mit der Auswertung der Hinweise, Vorschläge und Kritiken zugleich auch die erforderlichen stabilen Veränderungen organisiert und gesichert werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Wahlen am 8. Juni 1986 ist eine entscheidende politische Bewährungsprobe für unsere Parteiarbeit nach dem XI. Parteitag der SED. Wir tun alles, um das Wahlergebnis zu einer überzeugenden Manifestation zur Politik des XI. Parteitages der SED, der Politik zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens, zu machen. Den Kandidaten der Nationalen Front als wahrhaften Interessenvertreter aus allen Klassen und Schichten des Volkes geben wir unser Vertrauen und unsere Stimme.